Pressemitteilung

Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG

13. November 2026

Inklusiven Bevölkerungs- und Katastrophenschutz stärken!

Die Konferenz der Beauftragten von Bund und Ländern für Menschen mit Behinderungen (KBB) fordert Bund, Länder und Kommunen auf, inklusiven Bevölkerungsschutz als gemeinsame und verbindliche Aufgabe zu bearbeiten und Voraussetzungen für umfassende Maßnahmen zu schaffen.

Anlässlich ihrer 72. Sitzung in Essen weist die KBB mit einer Erklärung auf die Anwendung des Artikel 11 der Behindertenrechtskonvention (BRK) zu Gefahrensituationen und humanitären Notlagen hin.

Vergangene Krisen- und Katastrophenlagen, wie Hochwasser, Großbrände und länger andauernde Stromausfälle verdeutlichen, dass Herausforderungen für Menschen mit Behinderungen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Fehlende barrierefreie Warnsysteme, nicht zugängliche oder barrierefrei nutzbare Evakuierungswege, unzureichende Unterstützung und eine nicht gesicherte Versorgung mit Hilfsmitteln oder Medikamenten können lebensbedrohliche Folgen haben. Ein wirksamer Bevölkerungs- und Katastrophenschutz muss deshalb von Anfang an inklusiv gestaltet werden. Menschen mit Behinderungen sind dabei nicht nur als besonders zu schützende Personengruppe zu begreifen, sondern müssen aktiv mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen einbezogen werden.

Die Landesbeauftragte Michaela Pries sagt: “Hier im Lande wirken Menschen mit Behinderungen bereits als Ehrenamtliche in freiwilligen Feuerwehren, beim Technischen Hilfswerk (THW) und in anderen Bereichen mit. Dennoch sind sie als Personengruppe dort noch immer unterrepräsentiert. So wie ich als Landesbeauftragte auf Ebene des Landes einbezogen bin, müssen wir auf kommunaler Ebene die verlässliche und strukturierte Zusammenarbeit noch engagierter

weiterentwickeln. Denn gemäß der Kampagne des Bundesamtes für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz) gilt: „Egal was du kannst – du kannst helfen.“

Die Essener Erklärung der KBB ist auf der Webseite der Beauftragten hinterlegt:

Essener Erklärung | Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen

Verantwortlichkeit für diesen Pressetext:
Dirk Mitzloff, Karolinenweg 1 | 24105 Kiel.
Tel.: (0431) 988-1624 | Fax: (0431) 988-1624 | E-Mail; dirk.mitzloff@landtag.ltsh.de.
Die Landesbeauftragte im Internet: www.inklusion.sh